

Potsdamer Textbücher | Band 25

Erhard Crome / Lutz Kleinwächter (Hrsg.)

Neues Denken in der DDR

Konzepte zur Sicherheit in Europa
in den 1980er Jahren

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

WeltTrends, Potsdam 2014

www.welttrends.de

WeltTrends
MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26–52
D-14482 Potsdam

Tel.: 0331 / 721 20 35

Fax: 0331 / 721 20 36

verlag@welttrends.de

Die Schriftenreihe *Potsdamer Textbücher*
wird herausgegeben von Erhard Crome, Jochen Franzke
und Raimund Krämer im Auftrag von WeltTrends.

Band 25 (2014)

Erhard Crome / Lutz Kleinwächter (Hrsg.)

Neues Denken in der DDR

Konzepte zur Sicherheit in Europa in den 1980er Jahren

Der Band erscheint mit freundlicher
Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Produktionsleitung: Tim Haberstroh

Satz: Charlotte Bister

Druck: docupoint, Magdeburg

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.

© WeltTrends, Potsdam 2014

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

ISBN 978-3-941880-95-5

Inhalt

Vorbemerkungen	7
Neues Denken in der außen- und sicherheitspolitischen Forschung der DDR (1980–1990). Das Institut für Internationale Beziehungen <i>Wolfgang Kubiczek</i>	13
Neues sicherheitspolitisches Denken in der DDR (1980–1990). Das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft <i>Wolfgang Schwarz</i>	55
Paradigmenwechsel im philosophischen Denken über Frieden, Krieg und Streitkräfte in der DDR <i>Wolfgang Scheler</i>	113
Neues Denken in der NVA. Zur Auseinandersetzung um eine neue sicherheitspolitische Konzeption in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre <i>Wilfried Schreiber</i>	139
Aktiv gegen Kernwaffen und für Abrüstung. Die DDR in den internationalen Abrüstungsgremien (1978–1990) <i>Hubert Thielicke</i>	201
Die Entschärfung der militärischen Konfrontation in Europa. Drei Texte aus den 1980er Jahren <i>Walter Romberg</i>	229
Autorenverzeichnis	255

Vorbemerkungen

Die Spannungen im Gefolge der Krise um die und in der Ukraine zeigen, dass das Ende des Kalten Krieges keine Ära des Friedens gebracht hat, wie 1989/1990 viele erhofften und die „Charta von Paris“ 1990 proklamierte. Die weltweiten Rüstungsausgaben betragen im Jahre 2013 über 1.700 Milliarden US-Dollar. Sie liegen damit um mehr als ein Drittel höher als am Ende der Blockkonfrontation. Etwa 60 Prozent entfallen auf die NATO. Die USA haben unter Präsident Barack Obama die Rüstungsprogramme auf qualitative Modernisierung getrimmt; deshalb sind die Ausgaben in den vergangenen Jahren in der Summe etwas abgesenkt worden, machen mit 640 Milliarden US-Dollar (2013) aber nach wie vor das Siebenfache der Ausgaben Russlands (88 Milliarden) und das 3,4-fache des Rüstungsetats der Volksrepublik China aus (188 Milliarden). Angesichts der westlichen Kriegs- und Interventionspolitik der USA und der NATO geben China und Russland Jahr für Jahr mehr für die militärischen Rüstungen aus, obwohl sie eigentlich beide ein Wettrüsten, wie es die Sowjetunion ruinierte, vermeiden wollen.

Antreiber des neuen Wettrüstens ist die Politik des Westens. Die Welt wurde in ein neues Zeitalter der Interventionen und imperialer Kriege getrieben. Die USA und ihre Verbündeten haben Krieg wieder zu einem „normalen“ Mittel der Politik gemacht. Globalisierung und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille. Die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak sowie Libyen und jetzt in Syrien und in der Ukraine sind Ausdruck dessen, dass der Westen Räume in der Welt nicht akzeptieren will, die nicht seiner globalisierten Kapitalmacht zugänglich sind. Deshalb die Maßnahmen zur Unterminierung der Stabilität des Iran, Venezuelas und nach wie vor Kubas sowie die Planungen zur strategischen Einkreisung Chinas und zur Schwächung Russlands.

In Europa waren die Osterweiterung der NATO und der Europäischen Union sowie die „Demokratieförderung“ – erinnert sei an die berühmten fünf Milliarden US-Dollar, von denen Victoria Nuland, für Europa und Eurasien zuständige Hauptabteilungsleiterin im US-Außenministerium, Ende 2013 redete, die die USA in den Regimewechsel in der Ukraine „investiert“ haben – die Hebel, um

die eigenen Positionen gegen Russland nach Osten vorzuschieben. Entstanden ist ein Kriegsherd, der geostrategisch zwischen der EU und Russland liegt und aus Sicht der USA EU-Europa wieder stärker unter US-Kontrolle bringen soll. Gleichzeitig ist die deutsche Politik – und unter ihrer Federführung die der EU – darauf gerichtet, die Ukraine aus dem Einflussfeld Russlands zu lösen und in das der EU, das heißt Deutschlands einzuordnen. Diese Neuordnung Europas ist ein weitreichender außenpolitischer Vorgang. Hier wird etwas realisiert, woran Deutschland in zwei Weltkriegen scheiterte. Unter dieser Perspektive dient die US-amerikanische militärische Macht als Mittel, um das Ziel der geopolitischen Einordnung in den Machtbereich der EU zu verwirklichen. Insofern haben wir es mit einem strategischen Zusammenwirken von USA und Deutschland bzw. der EU zu tun, das zugleich Züge von geopolitischer Konkurrenz trägt. Wir befinden uns am Anfang des 21. Jahrhunderts in einem neuen Zeitalter des Imperialismus, das in vielem dem zu Beginn des 20. Jahrhunderts ähnelt. Die Konfliktsituation um die Ukraine zeigt: inklusive Kriegsgefahr. Und dies unter der Voraussetzung, dass es sich bei USA und NATO wie bei Russland um Mächte handelt, die über nuklear-strategische Waffensysteme verfügen.

Dabei hätte das Ende des Kalten Krieges die Möglichkeit geboten, der Menschheitsgeschichte eine andere Wendung zu geben. In den philosophischen und politisch-strategischen Grundlagen der Politik des „Neuen Denkens“, das in den 1980er Jahren wirkmächtig wurde, waren die Ideen und konzeptionellen Umriss einer anderen Entwicklung angelegt. Die maßgeblichen Kreise in den USA, aber auch in den westeuropäischen Hauptstädten haben dieses Gedankengebäude und Politikkonzept jedoch am Ende als Ausfluss der Schwäche der Sowjetunion und des Realsozialismus und seines Scheiterns angesehen, nicht als Chance für die Welt. Indem der Westen sich als Sieger der Geschichte wähnte, meinte er, nicht lernen zu müssen und die alte, militärisch gestützte Macht- und Einflusspolitik, wie er sie vor dem Ersten Weltkrieg und dem Erscheinen der Sowjetunion auf der Bühne der Geschichte praktiziert hatte, wieder aufnehmen und fortsetzen zu können.

Die Welt von heute ist ein gefährlicher Ort voller Spannungen und Konflikte, weil die Chance, die im „Neuen Denken“ der 1980er Jahre lag, nach dem Ende des Kalten Krieges ausgeschlagen wurde. Da-

bei gehört es zu den Merkwürdigkeiten der Geschichte, dass es eines widersprüchlichen und komplizierten politischen Prozesses bedurfte, bis sich unter Michail Gorbatschow dieser Kurs in der Politik der Sowjetunion, der DDR und der anderen Staaten im Osten Europas durchsetzte. Viele Ideen und Anregungen dafür kamen aus westlichen Ländern. Die sie entwickelt hatten, scheiterten aber daran, diese auch im Westen durchzusetzen und politikdominant zu machen. Dort blieben die Machtpolitiker, die imperialistischen Globalstrategen entscheidend, die das Scheitern des Realsozialismus in der Sowjetunion in eine Zerstörung Russlands als international relevante Macht überführen wollten. So steht Gorbatschow heute in den Augen vieler Russen nicht als Retter der Welt vor dem Atomkrieg, sondern als Verderber Russlands da. Und Wladimir Putin, der diesen Zerstörungsprozess aufzuhalten bestrebt ist, wird im Westen nun als gefährlicher Gegner identifiziert und mit einer ideologischen Hetzkampagne überzogen. Die Strategieplaner in Washington, Brüssel und anderen Hauptstädten des Westens hatten mit Russland als Machtfaktor nicht mehr gerechnet, als sie die Überführung der Ukraine in den eigenen Einflussbereich in Angriff nahmen. Auch deshalb die verbreitet hysterischen Reaktionen auf die russische Politik. Sie sind Teil einer strategischen Fehlperzeption. Und solche Falscheinschätzungen hatten bekanntlich im Sommer 1914 in das Verderben des Ersten Weltkrieges geführt.

Gerade weil erneut eine angespannte Weltlage geschaffen wurde, ist es angezeigt, die Inhalte des „Neuen Denkens“ in Erinnerung zu rufen und neu zu befragen. Nach Clausewitz und Lenin ist der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Der drohende, mit nuklear-strategischen Waffen geführte Krieg hätte jedoch die Vernichtung der Menschheit zur Folge. Deshalb ist im Atomzeitalter, wie Wolfgang Scheler in seinem Beitrag in diesem Band betont, dieser Zusammenhang aufgehoben: Es gibt keinen politischen Zweck mehr, der mit diesen Mitteln zu verwirklichen wäre. Die Alternative Frieden oder Krieg wurde zur Frage Fortexistenz oder Vernichtung der Menschheit. Deshalb gab es nur noch gleiche und gemeinsame Sicherheit für beide Seiten (des Kalten Krieges) oder keine.

Das westliche Macht- und Dominanzstreben der vergangenen 25 Jahre hat Krieg wieder zu einem Mittel seiner Politik gemacht, indem mit Irak, Jugoslawien und Libyen ungleich schwächere Staaten

überfallen und zerstört wurden. Mit der strategischen Positionierung und Aufrüstung gegen Russland und China wird jedoch das militärische Potential gegen gleichrangige Staaten gerichtet, die zudem über ein jeweils eigenes Atomwaffenpotential verfügen, das zweitschlagsfähig ist und einen Erstschlag von Seiten der USA adäquat „beantworten“ könnte. So wird im 21. Jahrhundert das Todesspiel des Kalten Krieges auf nahezu schlafwandlerische Weise wiederholt.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Zeitschrift bzw. der Verein WeltTrends hatten mit der außenpolitischen Konferenz der Stiftung zum Thema „Gemeinsame Sicherheit in Europa“ (2011) diese Problematik mit Blick auf Alternativen zu NATO-Politik, Aufrüstung und militärische Erpressung untersucht.¹ Dabei war deutlich geworden, dass etliche der Autoren unter der Voraussetzung argumentierten, welche Erkenntnisse am Ende der 1980er Jahre dazu entwickelt worden waren. So wurde ein Forschungsprojekt in Angriff genommen zu rekonstruieren, was zum Thema: „Neues Denken“ in der Endzeit des Kalten Krieges an neuen Einschätzungen erarbeitet und an alternativen Konzepten entwickelt worden war. Unter Verantwortung von Lutz Kleinwächter wurde das Projekt im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung bei WeltTrends realisiert. Dabei wurden Teilstudien zu den Arbeiten und Debatten am Institut für Internationale Beziehungen in Potsdam (Wolfgang Kubiczek), am Berliner Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (Wolfgang Schwarz) und in der Nationalen Volksarmee der DDR (Wilfried Schreiber) erarbeitet. Hubert Thielicke hat einen Aufsatz zur Tätigkeit des DDR-Außenministeriums auf dem Gebiet der Abrüstung und ihren konzeptionellen Grundlagen beige-steuert. Mit dem nun vorliegenden Band wird zugleich ein Beitrag zur Erschließung und Darstellung der Geschichte der Außenpolitik der DDR geleistet.

Die parallel zu den Diskussionen und Entwicklungen in den staatlichen Institutionen unter dem Dach der Evangelischen Kirche geleisteten Arbeiten sind wechselseitig erst am Ende der DDR zur Kenntnis genommen worden. Einen großen, vielleicht den größten inhaltlichen Beitrag dazu hat Walter Romberg geleistet. Insofern sind

1 Vgl. Erhard Crome / Lutz Kleinwächter (Hrsg.): Gemeinsame Europäische Sicherheit. Konzepte für das 21. Jahrhundert. WeltTrends, Potsdam 2012.

wir froh, in diesem Band auch einen Ausschnitt aus seinen Arbeiten präsentieren zu können. Zu den zeithistorischen Kuriosa gehört, dass Walter Romberg auch die Frage der deutschen Zweistaatlichkeit bzw. der aus einer Politik zur Vereinigung beider deutschen Staaten resultierenden Folgen diskutiert, während in allen anderen Beiträgen dies ausgespart bleibt – obwohl doch gerade in den staatstragenden Institutionen der DDR dieses Thema hätte debattiert werden müssen. Da die Gorbatschow-Führung jedoch doppeltes Spiel getrieben und die DDR-Führung mit den altbekannten Freundschaftsformeln ruhiggestellt hatte, während wohl seit 1987 in Moskau über Varianten einer deutschen Vereinigung nachgedacht worden war und der BRD-Regierung seit 1989 entsprechende Signale gegeben wurden, blieb dieses Thema in den staatstragenden Debatten zum „Neuen Denken“ ausgespart. Umgekehrt blieb Romberg für die staatstragenden Kräfte der BRD auch nach 1990 ein Fremdling, nicht nur wegen seiner kritischen Position als DDR-Finanzminister der de Maizière-Regierung zur Finanzpolitik der Kohl-Regierung in Sachen deutsche Einheit, sondern weil er als Kirchenmann gerade nicht auf die deutsche Einheit gesetzt hatte, sondern auf die deutsche Zweistaatlichkeit als Grundelement von Frieden und Sicherheit in Europa.

Berlin, 7. Oktober 2014

Erhard Crome